

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/44

5. März 1974

Lehrstunde für Prof. Carstens

Der Sinn des Kissinger-Gesprächs für die CDU

Seite 1 / 36 Zeilen

Urlaubsommer 1974 ohne "Grüne Karte"

Offizieller Wegfall bereits am 15. Mai

Von Horst Seefeldt MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Regionalpolitik und Verkehr im Europäischen Parlament

Seite 2 / 48 Zeilen

Wählerstrom gibt noch Rätsel auf

Analyse ist mit vielen Ungenauigkeiten behaftet / Skepsis am Platze

Seite 3 und 3a / 65 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Woche der Brüderlichkeit" bitter notwendig

Von Peter Prof. Dr. Willehad P. Eckert (Köln)

Seite 4 und 5 / 63 Zeilen

Lehrstunde für Prof. Carstens

Der Sinn des Kissinger-Gesprächs für die CDU

Der Unions-Fraktionschef genöß es eichtlich, daß ihm der amerikanische Außenminister bei seinem Bonn-Aufenthalt eine Stunde gewidmet hatte. Dies ist Prof. Carstens durchaus zu gönnen; es ist ihm auch darin zuzustimmen, daß Dr. Kissinger damit guten Stil praktizierte. Wie muß sich aber der Oppositionsführer bei diesem Rendezvous eingedenk der permanenten Behauptungen seiner zahlreichen Experten für auswärtige Politik geföhlt haben, die Bundesregierung vernachlässige zugunsten zweifelhafter Bemühungen gegenüber dem Gaten des Verhältnie zum wichtigsten Verbündeten im Westen?

Schließlich hatte Henry Kissinger in der Bundeshauptstadt zu diesem Thema eine Erklärung abgegeben, die keiner weiteren Interpretation bedarf: Er und Bundeskanzler Brandt hätten im Bereich der bilateralen Beziehungen Schwierigkeiten gehabt, Probleme zu finden; er reise in dem Bewußtsein zurück in die USA, daß das deutsch-amerikanische Verhältnis auf der alten Freundschaft basiere und "sehr fest" sei.

In der politischen Atmosphäre zwischen Bonn und Washington gibt es zur Zeit keinerlei störende Elemente. Gewisse Mißverständnisse, die sich nach dem Oktober-Krieg in Nahost ergeben hatten, sind ausgeräumt; die heikle Frage des Devisenausgleichs für die Stationierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik soll bis März geklärt sein; und vor allem besteht volles Einvernehmen in Sachen Berlin. Kissinger hat zudem zu erkennen gegeben, daß er die Bundesrepublik als zuverlässigen Pfeiler für den Brückenbau zwischen einem zu bildenden politischen Europa und den USA betrachtet. Die Versicherung, daß mit den angestrebten Erklärungen zur NATO und zum Verhältnis EG-USA in diesem Frühjahr zu rechnen sei, schafft dem positiven Bild den notwendigen umfassenden Rahmen.

Die engstirnige, aber auch infame Propaganda-Taktik der CDU/CSU, die sozialliberale Koalition als unsicheren Kantonisten der westlichen Allianz diffamieren zu wollen, der abendrein in der Europa-Politik versage, wird hier in ihrer Kläglichkeit und Substanzlosigkeit entlarvt. So gesehen wäre es sicher durchaus von Nutzen, wenn der Oppositionschef häufiger Gelegenheit zum Gespräch mit kompetenten Auslandspolitikern erhielte.

(pr/5.3.1974/bgy/pr)

+ + +

Urlaubssommer 1974 ohne "Grüne Karte"

Offizieller Wegfall bereits am 15. Mai

Von Horst Seefeld MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses

für Regionalpolitik und Verkehr im Europäischen Parlament

Die sogenannte "Grüne Versicherungskarte" war seit Jahren für manche Autofahrer unentbehrliches Übel, weil sie Hilfe und Sicherheit im Schadensfall garantierte. Andere dagegen sahen sie als eine lästige bürokratische Maßnahme an, die ihnen beim Grenzübertritt innerhalb europäischer Staaten als schikanöses Hindernis im Wege stand. Dies soll und wird sich nun ändern. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat vor kurzem beschlossen, daß vom 15. Mai 1974 an die Kontrolle bei Kraftfahrzeugen, die eine innergemeinschaftliche Grenze überschreiten bzw. bei Fahrzeugen, die aus Schweden, Finnland, Norwegen sowie der Schweiz und aus Österreich kommen, entfallen soll.

In der Gemeinschaft der "Sechs" war die Kontrolle der "Grünen Versicherungskarte" schon vor einiger Zeit abgeschafft worden. Seit der Erweiterung der Gemeinschaft von sechs auf neun Staaten kam mit Recht die Forderung auf, diese Kontrollmaßnahme im Zuge des freien Personenverkehrs auch in der erweiterten Gemeinschaft gelten zu lassen. Jetzt ist eine Regelung gefunden worden, die nicht nur die neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch weitere europäische Staaten umfaßt. Zuvor mußte innerhalb der Gemeinschaft eine Anpassung der Gesetzgebungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten erfolgen. Es war ein Übereinkommen zwischen den nationalen Versicherungsgesellschaften aller interessierter Staaten für eine gegenseitige Garantie über die Regelung von Schadensfällen, die auf ihren Territorien entstehen, zu treffen.

Den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft wurde von der Kommission darüber hinaus empfohlen, auch die Bestimmungen für sogenannte Grenzversicherungen auf eine Minimaldauer von 15 Tagen zu harmonisieren. Hierbei handelt es sich um zeitlich befristete Versicherungsverträge für Kraftfahrzeuge von ausländischen Kraftfahrzeughaltern aus Drittländern (z.B. den USA), die dem System der "Grünen Versicherungskarte" nicht angeschlossen sind.

Wenn am 15. Mai 1974 die neue Regelung in Kraft tritt, dann ist ohne Zweifel eine Vereinfachung des Grenzübertritts für Kraftfahrer erreicht. Die Mitgliedsstaaten haben sich denn nämlich verpflichtet auf die Kontrolle der Haftpflichtversicherung bei Fahrzeugen zu verzichten, die gewöhnlich den Standort in einem der Mitgliedsstaaten haben und in ein anderes Mitgliedeland einreisen wollen. Darüber hinaus fällt die Kontrolle der "Grünen Versicherungskarte" auch bei der Einreise von Kraftfahrzeugen aus den zuvor erwähnten Drittländern in die Gemeinschaft weg. Hier wurden schon zuvor bilaterale Abmachungen über die Beseitigung der Grenzkontrolle der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung getroffen. Die neue EG-Regelung wird sicherstellen, daß die normalerweise vorgeschriebene Kontrolle von Fahrzeugen aus den Drittländern an der Außengrenze der Gemeinschaft bei den vorerwähnten Staaten nicht stattfindet, weil aufgrund schon zuvor bestandener bilateraler Abkommen kein Nachteil für die Reisenden aus diesen Ländern beim Eintritt in die Gemeinschaft entstehen soll.

Mit dem Inkrafttreten am 15. Mai ist zugleich die Gewähr gegeben, daß der Urlaubsverkehr des Jahres 1974 sich im wesentlichen ohne die früher so oft beanstandeten Kontrollen abspielen wird. Damit ist die Freizügigkeit des Reiseverkehrs verbessert worden. + + + (-/5.3.1974/bgy/ee)

Wählerstrom gibt noch Rätsel auf  
-----

Analyse ist mit vielen Ungenauigkeiten behaftet/Skepsis am Platze

Im ARD-Fernsehen und in der Presse wurden anlässlich der Hamburger Bürgererschaftswahl Ergebnisse einer Wählerstromanalyse des Institutes für angewandte Sozialwissenschaften (Infas) präsentiert und weitgehende Schlüsse daraus gezogen. Hierzu drei Thesen: Der Eindruck, Wählerstromanalysen seien ähnlich exakt wie Ergebnisse der amtlichen Wahlstatistik, ist falsch; Hochrechnung und Wählerstromanalyse sind völlig verschiedene Verfahren; Wählerstromanalysen sind notgedrungen sehr ungenau.

Für Wahlergebnisse finden sich nach der Wahl die verschiedensten und oft genug einander widersprechende Deutungen. Eine Klärung, wer mit seiner Auslegung recht hat, ist fast nie möglich, denn es ist ja nur das Wahlergebnis (im besten Falle nach einigen Tagen noch die repräsentative Wahlstatistik mit Ergebnissen nach Alter und Geschlecht) bekannt. Die amtliche Wahlstatistik gibt aber für Individuen keinen Aufschluß darüber, wieviel Wähler von einer Partei zur anderen übergegangen sind, und erst recht sagt sie nichts über die Gründe der Wählerwanderung.

In der Nacht nach der Hamburger Bürgererschaftswahl konnte man beispielsweise als Zuschauer am Fernsehschirm glauben, daß zumindest der Ablauf der Wählerwanderung nicht mehr im Dunkeln liege. Man erfuhr, daß Infas, wie schon nach der Bundestagswahl 1972, diese Ströme "berechnet" habe, man hörte und sah fasziniert "exakte" Zahlen über die Wählerwanderung und erhielt anschließend sehr detaillierte Interpretationen dieser Zahlen. Ist in Hamburg das Wahlgeheimnis durchbrochen worden? So mußte sich der fragen, der nicht immer genau hingesehen hatte und nun scheinbar exakte Auskünfte über Wählerströme erhielt.

Wer freilich genauer hinsah und hinhörte, der konnte beruhigt feststellen, daß das Wahlgeheimnis gewahrt worden war: Die Zahlen waren mit Hilfe eines "Modells" errechnet worden. Durch dieses Modell schien jedoch, so er-

hielt man den Eindruck, das Problem der exakten Feststellung der Wählerwanderung gelöst, und wer noch Zweifel hatte, beruhigte sich wohl bei dem Gedanken, daß jemand, der Wahlergebnisse exakt rasch hochrechnen könne, wohl auch mit ähnlicher Schnelligkeit und Präzision auch Wählerströme errechnen könne.

Die Wirklichkeit sieht wesentlich grauer aus. Hochrechnungen und Wählerstromanalyse beruhen auf verschiedenen Grundlagen und sind ganz verschiedene Verfahren. Bei Hochrechnungen wird auf der Grundlage erster, schon am Wahlabend exakt ausgezählter Stimmenergebnisse, mit Hilfe bewährter mathematisch-statistischer Regeln auf das Endergebnis geschlossen. Die sogenannte "Wählerstromanalyse" setzt dagegen die Kenntnis des jetzigen Wahlergebnisses und des vorhergehenden voraus. Kennt man allerdings nur das Wahlergebnis der jetzigen und der vorhergehenden Wahl, so gibt es im mathematischen Sinne unendlich viele Alternativen dafür, wie die Wanderungen der Wähler sich im einzelnen tatsächlich vollzogen haben können.

Die Wählerstromanalyse wählt nun aus der unendlichen Zahl der Alternativen dafür, wer wohin gewandert ist, auf der Grundlage von Umfragen eine Alternative aus. Wesentliche Informationsbasis hierfür sind die Antworten auf zwei Fragestellungen in Umfragen: Wie hat der Wähler bei der vorigen Wahl gewählt und wie hat er sich bei der jetzigen Wahl verhalten? Infas-Chef Klaus Liepelt hat in früheren Jahren wiederholt und entschieden darauf hingewiesen, wie problematisch und fehlerbehaftet besonders die Antworten auf die rückschauende Frage nach dem früheren Wahlverhalten sind. Da sich die Wählerstromanalyse gerade auf diese problematischen und notgedrungen fehlerbehafteten Umfrageergebnisse stützt, muß bei ihren Ergebnissen mit erheblichen Fehlern gerechnet werden. Konkret: Bei der Wählerstromanalyse liegen Abweichungen um 20 vH. und mehr durchaus im "normalen" Fehlerbereich des Verfahrens. Wenn also Infas davon spricht, daß die CDU in Hamburg aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung 30.000 Stimmen gewinnen konnte, so hätte es mit ebenso hoher Plausibilität von einem CDU-Gewinn aus der erhöhten Wahlbeteiligung von 36.000 Stimmen oder auch nur von 25.670 Stimmen sprechen können.

Macht man sich die Größenordnung der möglichen Fehler bei der Wählerstromanalyse klar, so wird deutlich, daß es sich bei diesem Verfahren nicht um der Weisheit letzten Schluß bei der Ermittlung von Wählerwanderungen handelt. Erst recht aber ist Skepsis angebracht gegenüber allen Interpretationen des Wahlergebnisses, die sich unkritisch auf die Ergebnisse dieses Verfahrens stützen.

Hans Schmidt  
(-/5.3.1974/ka/pr)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des BPD-Pressedienstes

"Woche der Brüderlichkeit" bitter notwendig

Von Pater Prof. Dr. Wilhelm P. Eckart (Köln)

Als vor 25 Jahren erstmals in Deutschland eine Woche der Brüderlichkeit gestartet wurde, da mußte dies als ein kühnes Unterfangen erscheinen. War es denn nach allem dem, was geschehen war, nach einem solchen Schuldigwerden, noch oder schon wieder möglich, sich brüderlich zu begegnen, konnten Juden Christen als ihre Brüder akzeptieren? Doch viele Zeichen der Veröhnung wurden gesetzt. Trotz allen erlittenen Unrechts, trotz der fort-dauernden Narben und Spuren, die das Leid der Verfehlung und der Vernichtung so vieler Angehöriger, oft der engeren Familienangehörigen hinterlassen hatte, waren Juden gesprächsbereit, reichten die Hand zur Veröhnung, zur brüderlichen Begegnung. Darum konnte das einmal gegebene Beispiel einer Woche der Brüderlichkeit von anderen aufgegriffen werden, sich der Wille durchsetzen, die Woche der Brüderlichkeit alljährlich in der ganzen Bundesrepublik und in Berlin durchzuführen.

Indem die Woche der Brüderlichkeit zu einer Selbstverständlichkeit wurde, geriet sie freilich in die Gefahr, ritualisiert zu werden. Nicht von ungefähr tauchten daher von verschiedenen Seiten Bedenken gegen sie auf. Vor Jahren schon artikuliert sich ein Unbehagen, das sich zwar zuweilen darauf beschränkte, den Stil der Eröffnungsveranstaltungen zu kritisieren, darüber hinaus nicht selten die Woche der Brüderlichkeit als solche ablehnte. Sicher kann eine Woche der Brüderlichkeit kein Ersatz sein für die sonst das Jahr über mangelnde Brüderlichkeit. Ganz gewiß wollen wir auch nicht durch die Veranstaltung der Woche der Brüderlichkeit uns selbst Weihrauch streuen und uns rühmen, wie weit wir es mit unseren Bestrebungen nach Begegnung, brüderlichem Aufeinanderhören und Miteinanderberaten und Wirken es schon gebracht haben. Wir übersehen auch keineswegs, daß es nicht nur um die Begegnung von Christen und Juden geht, daß Christen und Juden vielmehr gemeinsam aufgerufen sind, die heute drängenden Fragen zu lösen, den heute Vergessenen, den Randgruppen zu helfen, den Menachen in seiner

Verlassenheit als Partner zu entdecken. Auch heute noch gibt es nicht nur den Egoismus des Einzelnen, sondern auch den Egoismus der Gruppen.

In einer Zeit, in der Brüderlichkeit das Seltengewordene ist, Unbrüderlichkeit das Selbstverständliche ist, bedarf es mehr denn je eines Zeichens, eines hör- und verstehbaren Aufrufs, einer eindringlichen Mahnung an unsere Verpflichtung. Dies eben will und soll die Woche der Brüderlichkeit sein. Laufen wir mit der Forderung nach Brüderlichkeit nicht einem Trugbild, einer Fata morgana, nach? Ist der Spielraum, in dem sich der Geist der Brüderlichkeit bewähren kann, nicht winzig klein, sobald wir den Raum der Familie und des Kreises der Nächstvertrauten verlassen? Sind wir nicht so sehr in soziale Ordnungen eingefügt, daß zur Bewährung der Brüderlichkeit kaum noch eine Chance verbleibt?

Dr. H. E. Adler, dem der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit im Jahre 1974 die "Euber-Rosenzweig-Medaille" zuerkennt, hat seine jahrzehntelangen Studien über die Deportationen der Juden aus Deutschland, deren Ergebnis nun in Buchform gedruckt vorliegt, unter den Titel "Der verwaltete Mensch" gestellt; denn eben beim Studium der Mechanismen, die sich der national-sozialistische Verwaltungsapparat zueigen gemacht hatte, kam er zu seinen Einsichten über die Struktur von Verwaltung überhaupt und die Gefährdung des Menschen durch den Apparat, wurde es ihm klar, was für eine Verstämmelung es bedeutet, wenn der Mensch so lange reduziert und funktionalisiert wird, bis er in das gewünschte Ordnungsschema hineinpaßt. Er kam zur Einsicht, daß es nicht nur in totalitären und faschistischen Staaten, sondern auch in Demokratien westlicher Prägung die Gefährdung des Menschen in seiner Individualität, in seinem persönlichen Charakter durch die Verwaltung gibt. Seine Untersuchungen über die Deportation der Juden haben darum eine exemplarische Bedeutung. Sie bestätigen gerade deshalb, daß unsere Forderung nach Besinnung, nach Kritik und Selbstkritik, die wir durch die Woche der Brüderlichkeit verdeutlichen wollen, notwendig sind.

Die Woche der Brüderlichkeit will und muß zur Sensibilisierung beitragen, uns zu Sehenden für die Betroffenheit und das Leid des Bruders machen, uns zum Eintreten für den Freiraum für ihn, zum Eintreten für sein Recht veranlassen. So gesehen, ist die Woche der Brüderlichkeit bitter nötig.

(Rede zur Eröffnung der "Woche der Brüderlichkeit" 1974 in Berlin)  
(~/5.3.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Prellner